

Nachts Abgeschoben in das Kosovo

Achtköpfige Roma-Familie musste Otterndorf verlassen / Kreisverwaltung: „Alles rechtmäßig verlaufen“

VON **ROLAND AHRENDT**
UND **WIEBKE KRAMP**

OTTERNDORF. Mitten in der Nacht wurde in der vergangenen Woche eine Roma-Familie polizeilich abgeholt und aus Deutschland ausgeflogen. Die Eltern mit sechs Kindern zwischen acht und 19 Jahren wurden aus Otterndorf in das Kosovo abgeschoben. Wie konnte es dazu kommen?

Hermann Kleist vom Arbeitskreis Asyl erfuhr erst nach vollzogener behördlicher Maßnahme von der nächtlichen Abschiebekaktion. „Ich bin erschüttert, wie das abgelaufen ist“, sagt er. Nachbarn hatten ihm berichtet, dass die Kinder geweint und geschrien hätten. Der Grünen-Kommunalpolitiker, der die seit 2002 in Otterndorf lebende Familie M. seit einigen Jahren kennt, ist über das Verschwinden betroffen und besorgt, dass die Roma jetzt im Kosovo im Slum landen. Er informierte Samtgemeindebürgermeister Harald Zahrte, der keine Kenntnis davon hatte, dass die Familie nach achtjährigem Aufenthalt in Otterndorf in das Kosovo verbracht worden ist. „Es erscheint unglaublich, dass von heute auf morgen 14 Tage vor Weihnachten acht Menschen aus dem Ort verschwinden, den Klassenkameraden wird gesagt, sie werden nicht wiederkommen. Mir wurde bereits unterstellt, ich hätte von der Abschiebung gewusst und hätte sie verhindern müssen“, forderte Zahrte Aufklärung vom Landkreis Cuxhaven.

Er war nicht der einzige: Kreis-Ordnungsamtsleiter Burkhard Wettwer bekam in den vergange-

nen Tagen zahlreiche Anfragen zum Fall der Familie M. auf den Tisch. Er betont, dass man sich vonseiten des Landkreises in dieser Sache nichts vorzuwerfen habe – ohnehin sei die Ausländerbehörde des Landkreises in solchen Fällen nur ausführendes Organ. Die Entscheidungen über Asylanträge würden an anderer Stelle fallen – etwa beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Sitz in Nürnberg.

Bereits 2005 habe das Bundesamt den Asylantrag der Familie abgelehnt – ein Folgeantrag sei ebenfalls abschlägig beschieden worden. Seit 2006 habe für die Familie vonseiten des Landkreises eine Duldung bestanden, da sie nur mit Pässen ausreisen konnte. Und die besaß sie zu dieser Zeit nicht.

Widerspruch eingelegt

Gegen die drohende Abschiebung sei die Familie mit Anträgen auf Grundlage unterschiedlicher Rechtstatbestände vorgegangen – allerdings erfolglos. Die Voraussetzungen seien bei den Anträgen aus den Jahren 2007 bis 2009 in keinem Fall erfüllt gewesen, so Wettwer. Deshalb habe man sie

nach geltender Rechtslage ablehnen müssen. Auch das Verwaltungsgericht in Stade habe entsprechend entschieden. 2010 sei der Fall der Familie M. bei der Härtefallkommission beim Innenministerium in Hannover gelandet. Dort wurde der Antrag zwar zur Beratung angenommen – letztlich aber abgelehnt. Die Härtefallkommission gilt als letzte Instanz in Abschiebungsangelegenheiten. Sie kann in Ausnahmefällen die Empfehlung aussprechen, abgelehnten Asylbewerbern oder Flüchtlingen doch noch ein Bleiberecht zu gewähren. Dazu kam es jedoch im Fall der Familie M. nicht.

Der Rechtsweg sei damit ausgeschöpft gewesen und der Abschiebebeschluss somit rechtskräftig, so Wettwer. „Danach wurde die Familie erneut aufgefordert, auszureisen.“ Da sie dieser Aufforderung jedoch nicht nachkam, habe man – wie in solchen Fällen üblich – das Landeskriminalamt eingeschaltet, das dann die Abschiebung eingeleitet habe. Dort wurde der Flug gebucht und der Termin gesetzt.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember rückte des Nachts ein

Team des Landeskriminalamtes im Beisein eines Arztes, der Polizei und der Ausländerbehörde in Otterndorf an, um die Familie zum Flughafen Düsseldorf zu bringen, von wo aus es mit dem Flugzeug in den Kosovo ging.

Der nächtliche Termin sei dem Flug geschuldet, so Wettwer. Er bedauert, dass sich kein anderer Weg habe finden lassen. Abschiebungen seien immer eine sehr unglückliche Angelegenheit, gerade wenn – wie im Falle der Familie M. – kleine Kinder im Spiel seien. Man habe die Familie deshalb auch nicht trennen wollen. Letztlich vollziehe der Landkreis in solchen Fällen aber nur rechtskräftige Beschlüsse, die von übergeordneten Instanzen getroffen worden seien. „Das ist keine Willkür unsererseits und wir haben da auch keinen Ermessensspielraum.“

In Otterndorf ist die Abschiebung unterdessen weiterhin Stadtgespräch: Aus der Förderschule habe der DRK-Hort für Schulkinder zuerst die Mitteilung erhalten, dass der elfjährige Junge und das achtjährige Mädchen mit der Familie abgeschoben wurden, heißt es dort. „Wir sind alle noch sehr geschockt und mussten erst mal überlegen, wie wir es den anderen Kindern erklären“, sagt Kathrin Meyn, Leiterin des Otterndorfer DRK-Hortes, die beide Kinder für gut integriert hält und sich sorgt, was jetzt aus ihnen wird. Die Hortkinder wollen den Kontakt nicht abreißen lassen. Geplant sei, noch vor Weihnachten Briefe und ein Päckchen in das Kosovo zu schicken.

Info: Kreistagsresolution zur Abschiebepaxis

Die Abschiebung der Familie M. läuft dem Geist einer Resolution zuwider, die der Kreistag 2009 einstimmig beschlossen hatte. Vor dem Hintergrund des seinerzeit mit der Republik Kosovo geschlossenen Rückführungsabkommens hatten sich alle Fraktionen dafür ausgesprochen, Land und Bund zu bitten, die Abschiebungen von Roma und Ashkali in das Kosovo auszusetzen. Die Zwangsabschiebungen von Roma in den Kosovo sind bis heute umstritten – Romaverbände befürchten unter anderem, dass die Abgeschobenen dort Diskriminierungen ausgesetzt seien. Sie kritisieren Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann für seine harte Haltung.